

Protokollauszug

aus der

9. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport vom 19.05.2015

öffentlich

Top 5.2 Schulsituation in Babelsberg

Herr Tietze stellt sich vor. Er erklärt, dass kein Schulplatz für sein Kind an den Schulen in Babelsberg zur Verfügung steht. Sowohl an der Schule am Griebnitzsee als auch an der Bruno-H.-Bürgel Schule und der Goethe Schule seien keine Schulplätze mehr frei.

Er fragt wie die Schulaufnahme geplant seien und woher ein Überhang an Schüler komme. Er möchte wissen, wie das aktuelle Auswahlverfahren abläuft. Im Namen aller betroffenen Eltern bittet er darum, die Frist zur Schulsuche, die bisher der 26. Mai 2015 ist, zu verlängern.

Herr Dörnbrack erklärt, es gebe je nach Wohnort grundsätzlich eine zuständige Schule. Diese regelt im Normalfall solche Problematiken. Er führt jedoch an, dass durch verschiedene Sachverhalte (bspw. Geschwisterkind) die Kapazitäten durchaus knapp sein können. Er informiert, die Fristen zur Schulsuche sind im Ü 1 Verfahren vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport so vorgeschrieben. Geplant sind bereits neue Klasseneröffnungen, um mehr Schüler aufnehmen zu können. Sollte sich keine Möglichkeiten einer wohnortnahen Schule ergeben, werden im Zweifelsfall Zuweisung an einer Schule vorgenommen.

Frau Rademacher berichtet, dass sich die freien Plätze an den Schulen zurzeit täglich ändern. Eine Beratung zwischen dem Landesschulamt, den betroffenen Schulleitern und dem Fachbereich Bildung und Sport wurde für den 21.05.2015 angesetzt, um die Schulsituation und mögliche Lösungsoptionen zu klären.

Herr Viehrig schlägt vor, diese Sitzung abzuwarten. Er bittet Herrn Tietze, die genauen Informationen zu den betroffenen Eltern/Schülern an Frau Rademacher zu übermitteln.

Frau Naundorf und Frau Wieczorek Fragen nach einer Prioritätenliste. Ob die Wohnortnähe für eine Aufnahme entscheidender ist, als Geschwisterkinder an der Schule.

Frau Rademacher antwortet, dass das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport unter Einbeziehung des Landesschulamtes den Ablauf des Verfahrens regelt.

Frau Dr. Magdowski ergänzt, dass die Ansprüche an eine bestimmte Schule nicht genau geregelt seien. Sie sagt es gebe nicht zu wenig Schulen, sondern nur einige Schulen die übernachgefragt sind.

Herr Viehrig bittet darum, über die Ergebnisse der Beratung informiert zu werden.